

„Demografischer Tsunami“ und „Willkommenskultur für Ungeborene“ – bevölkerungspolitische Diskurse der EU-Institutionen auf Twitter und die Rolle rechter und konservativer Kräfte

Judith Goetz, Swantje Höft, Livia Sz. Oláh & Andrea Pető

Zusammenfassung: Die EU stand in jüngster Zeit vor erheblichen demografischen Herausforderungen und dies wird sich auch in Zukunft kaum ändern. Der Beitrag analysiert daher, warum und wie demografische Diskurse von illiberalen, rechten und konservativen Kräften übernommen wurden. Anhand von Twitter-Postings von Mitgliedern und politischen Parteien des Europäischen Parlaments zwischen 2015 und 2021 wird untersucht, i) wer die Hauptakteur*innen in Hinblick auf die Interpretation demografischer Trends sind, ii) welche Themen sie diskutieren und welche Erklärungsrahmen sie verwenden. Eine kritische Diskursanalyse dient dabei als analytisches Werkzeug. Somit ergänzt die vorliegende Studie den aktuellen Forschungsstand und präsentiert die erste quantitative Analyse historischer Twitter-Daten im Bereich demografiepolitischer Diskurse. Dabei zeigen die wichtigsten Ergebnisse der Twitter-Analyse: Die EU-Institutionen sind sich bewusst, dass der demografische Wandel in erster Linie durch die Bevölkerungsalterung, Migration und niedrige Geburtenraten verursacht wird. Zwar besteht unter allen EU-Akteur*innen Einigkeit darüber, dass die Bevölkerungsalterung eine große demografische Herausforderung darstellt, andere Trends hingegen bleiben nach wie vor umstritten oder werden nur vage erwähnt.

Schlüsselwörter: Demografie, Europäische Union, feministische Demografie, Rechtsextremismus, Twitter-Analyse, kritische Diskursanalyse

‘Demographic Tsunami’ and ‘Welcome Culture for the Unborn’- Population policy discourses of EU institutions on twitter and the role of right-wing and conservative forces

Summary: The European Union has faced substantial demographic challenges in recent times and will continue to do so in the future. This paper analyses why and how demographic discourses were hijacked by illiberal, right-wing, and conservative forces. Looking at Twitter posts of members and political parties of the European Parliament from 2015 to 2021, it explores i) who are the main actors interpreting demographic trends; ii) what issues they discuss, and which explanatory frameworks they use. Critical discourse analysis is the analytical tool applied. This study adds to current research and presents the first quantitative analysis of historical Twitter data in the field of demographic discourses. The key findings of the Twitter analysis show that EU institutions are aware that demographic change is primarily driven by the ageing population, migration, and low birth rates. While there is consensus

across EU actors that the ageing population is a major demographic challenge, other trends remain disputed or vaguely mentioned.

Keywords: demography; European Union, feminist demography, right-wing extremism, twitter analysis, critical discourse analysis

1 Einleitung

Die demografische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat sich in Europa qualitativ von den Tendenzen des sogenannten Goldenen Zeitalters der Familie unterschieden (Skolnick 1978). Ein wesentlicher Faktor, der bei Demograf*innen, politischen Entscheidungsträger*innen und zunehmend auch der breiten Öffentlichkeit am meisten Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, sind die anhaltend niedrigen Geburtenraten. Schließlich ist es das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass sich die Geburtenraten trotz erheblicher regionaler Unterschiede über einen langen Zeitraum als unzureichend erwiesen haben, um die Bevölkerung zu ersetzen. In der Europäischen Union insgesamt sanken die Zahlen Mitte der 70er-Jahre auf unter zwei Kinder pro Frau und erreichten Mitte bis Ende der 90er-Jahre mit 1,45 ihren niedrigsten Stand. Ein leichter Anstieg im ersten Jahrzehnt der 2000er-Jahre hat in den 2010er-Jahren zu einer Stabilisierung der Geburtenraten bei etwa 1,6 geführt (Europäische Union 2017). Zusammen mit einer stetig steigenden Lebenserwartung führte dies zu einer Überalterung der Bevölkerung. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter pro ältere Person dürfte in der EU von etwa vier Anfang der 2000er-Jahre auf weniger als zwei bis 2050 zurückgehen. Das bringt erhebliche Belastungen für die Rentensysteme sowie die Gesundheitsversorgung und Altenpflege mit sich (Europäische Union 2019). Das Jahr 2004 war das erste Jahr, in dem die Bevölkerung der Europäischen Union (EU-27 und Großbritannien) so viele Menschen im Rentenalter umfasste wie Kinder unter 15 Jahren (Europäische Union 2017). Zeitgleich nahm die Migration in die EU in den letzten Jahrzehnten stark zu und avancierte zur wichtigsten bzw. sogar einzigen Möglichkeit, um den Rückgang und/oder die Überalterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auszugleichen. Obwohl die COVID-19-Pandemie Auswirkungen auf die demografische Entwicklung hatte, änderte sie ihren Verlauf in den Jahren 2020 und 2021 nicht wesentlich. Trotz eines beispiellosen Rückgangs der Lebenserwartung und eines vorübergehenden Stillstands der internationalen Migration aufgrund von Reiseverboten (Chamie 2021), bleiben niedrige Geburtenraten, Bevölkerungsalterung und Migration wichtige demografische und politische Anliegen der EU.

Das Bewusstsein der europäischen Regierungen für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der jüngsten demografischen Entwicklungen ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Während die Vereinten Nationen Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre damit begannen, sich mit diesen Fragen zu befassen, wurde das Problem der Bevölkerungsalterung in der EU erst Ende der 90er- und Anfang der 2000er-Jahre explizit thematisiert. Die Europäische Kommission übernahm mit ihrem „Green Book“ zur „Bewältigung des demografischen Wandels“ und ihrer Mitteilung zur „demografischen Zukunft Europas“ (Europäische Kommission 2006, 2005), der Einrichtung des Europäischen Demografieforums, das von 2006 bis 2013 aktiv war, und der Veröffentlichung des alle zwei Jahre erscheinenden „Europäischen Demografieberichts“ (Europäische Kommission 2011,

2008, 2007) sowie einer im Laufe der Jahre wachsenden Zahl von Berichten über Alterung und Migration eine führende Rolle bei der Sensibilisierung. Obwohl die Besorgnis über die geringen Geburtenzahlen implizit anerkannt wurde, kam es kaum zu konkreten politischen Maßnahmen – vielmehr lassen sich eher indirekte Strategien konstatieren, etwa die Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, einschließlich der Beteiligung von Müttern (siehe Europäische Kommission 2017, 2013, 2010).

Ausgehend von der skizzierten Bedeutung der politischen Debatte über die demografische Entwicklung in der EU wird in diesem Beitrag aus einer feministischer Perspektive näher untersucht, wie sich die relevanten Akteur*innen der EU-Institutionen, insbesondere rechte und konservative Kräfte, zu demografischen Fragen positionieren und damit verbundene Themen verhandeln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Politik sich mit der zunehmenden Nutzung von Social Media verändert und Politiker*innen dadurch direkten Zugang zu den Bürger*innen haben. Social-Media-Plattformen, die u. a. bei Wahlen verstärkt genutzt werden, sind zu einem Instrument des „personalisierten Wahlkampfs“ geworden – einem Fenster, über das Bürger*innen direkt mit Politiker*innen interagieren können (Enli/Skogerbø 2013; Metz et al. 2020; Nürnbergk/Conrad, 2016). Twitter fungiert dabei als ein Werkzeug, das von EU-Politiker*innen und -Institutionen genutzt wird. So war Twitter entscheidend für die Verbreitung von Ideen zu Gegenöffentlichkeiten (Mercier 2015), populistischen Zielen (Engesser et al. 2017) und Donald J. Trumps „Politik der Erniedrigung“ (Ott 2017). In der Europäischen Union haben euroskeptische und rechtsextreme Parteien ihre Social-Media-Netzwerke ausgebaut, um Anhänger*innen und Unterstützer*innen zu gewinnen (Frame et al. 2016: 9 f.). Eine aktuelle Studie des Europäischen Rates zeigt zudem, dass die Nutzung von Twitter auf EU-Ebene zugenommen hat (Drachenberg/Phillips 2021: 1). Die Forschung zur längsschnitt- und akteur*innenübergreifenden Twitter-Nutzung durch die EU-Institutionen ist jedoch äußerst begrenzt.

Ziel des Beitrags ist es, die Diskurse zu demografischen Fragen anhand der Twitter-Accounts der relevanten Akteur*innen aus einer feministischen Perspektive zu analysieren und dabei besonderes Augenmerk auf damit verbundene geschlechterpolitische Frage zu richten. Auch wenn die von uns ermittelten Kernthemen an sich nicht neu sind, hilft uns die Twitter-Analyse, ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wer und wie demografische Probleme auf EU-Ebene behandelt und verhandelt werden. Dafür haben wir vier Forschungsfragen formuliert, um das Feld und seine Entwicklung im institutionellen Kontext der EU zu bewerten und seine zeitdynamischen und diskursiven Formationen nachzuvollziehen. Unsere Fragen lauten: i) Wer sind die Hauptakteur*innen in Bezug auf demografische Fragen in den EU-Institutionen? ii) Welche Rolle spielen rechte und konservative Kräfte in diesem Zusammenhang? iii) Welche Themen werden behandelt und verhandelt? iv) Wie werden diese Debatten gestaltet und welche diskursiven und erklärenden Strategien werden eingesetzt?

Im Folgenden werden zunächst die methodischen Vorgehensweisen der Datenerhebung und -analyse erklärt. Anschließend wenden wir uns den Hauptergebnissen zu und diskutieren die Inhalte. Der Beitrag schließt mit Empfehlungen für politische Akteur*innen aus einer feministischen Perspektive.

2 Material und Methoden

Das für die Analyse ausgewählte Material musste zwei Anforderungen erfüllen: Es sollte Aussagen oder Kommentare enthalten, die für das Thema Demografie im Kontext der EU-Institutionen relevant waren, und die Sprecher*innen mussten Parteien und Politiker*innen innerhalb der EU-Institutionen sein. Die gesammelten Twitter-Daten wurden mit NVivo ausgewertet, da diese Datenanalyse-Software in der Lage ist, audiovisuelle Daten zu speichern und in die Datenanalyse einzubinden. Das war für unser Vorhaben besonders geeignet, da demografische Informationen in der Regel über Statistiken, Grafiken, Infografiken und Illustrationen vermittelt werden. In einem ersten Schritt haben wir Diskurse und Diskurspositionen der relevanten Akteur*innen innerhalb der Institutionen der Europäischen Union für den Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. August 2021 identifiziert. Dieser Untersuchungszeitraum wurde gewählt, um die langfristige demografische Entwicklung erfassen zu können. Das öffentliche Interesse an demografischen Fragen wurde durch den großen Zustrom von Geflüchteten nach Europa in den Jahren 2015 und 2016 verstärkt. Der Untersuchungszeitraum umfasst Teile verschiedener Präsidentschaften der Europäischen Kommission – beginnend mit Jean-Claude Juncker und endend mit Ursula von der Leyen.

Die analysierten Daten bestehen aus politischen Erklärungen, die von Parteien und EU-Institutionen auf Twitter veröffentlicht wurden. Dazu gehörten 15 Twitter-Accounts der EU-Kommission, des EU-Parlaments, des EU-Rates und der entsprechenden Presse- oder Agentur-Twitter-Accounts sowie wichtige politische Akteur*innen dieser Institutionen wie die EU-Kommissarin für Demokratie und Demografie, Dubravka Šuica. Die 24 Mitglieder der „Intergroup on Demographic Challenges, Family-Work Balance and Youth Transitions“, die über einen Twitter-Account verfügen, wurden ebenfalls aufgenommen. Zudem berücksichtigte die Analyse alle offiziellen Twitter-Accounts der sieben im Europäischen Parlament vertretenen politischen Parteien, nämlich der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP, engl. EPP), der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA), der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialist*innen und Demokrat*innen im Europäischen Parlament (S&D), der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR), der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament (GUE/NGL), der Fraktion Identität und Demokratie (ID) und der Fraktion Erneuern für Europa (Renew). Schließlich umfasste die Analyse die 476 Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP), die einen offiziell aktivierten Twitter-Account benutzen (68 Prozent der insgesamt 705 MdEP) sowie die MdEPs, die keiner Partei im Europäischen Parlament angehören. Die Twitter-Accounts stammen von der offiziellen Website des Europäischen Parlaments (2021), bei den Konten von politischen Parteien und Politiker*innen handelt es sich um öffentlich zugängliche und an die Öffentlichkeit gerichtete Daten. Insgesamt wurden 523 Twitter-Accounts und 3.041 Tweets analysiert.

Die vorliegende Arbeit basiert auf der Kritischen Diskursanalyse von Siegfried Jäger (2012) und dem Wiener Ansatz zur Kritischen Diskursanalyse von Ruth Wodak (1999) und Martin Reisigl (2007; Reisigl und Wodak 2000).

Die Codierung und Tweet-Suche folgte dem zirkulären Forschungsparadigma: Nach dem ersten Datenabruf wurde a priori mit Codierung und Analyse begonnen. Darauf folgte eine Verfeinerung der Tweet-Suche, die mit einer Überprüfung und Modifizierung der Codes einherging. Die Prozesse der Verfeinerung und Verdichtung der Datenauswahl waren entscheidend, um zu verstehen, wie die spezifischen Diskurse in breitere politische Strategien

und diskursive Rahmenbedingungen eingebettet sind. Schließlich konzentrierte sich die Analyse auf explizite Tweets ausgewählter Akteur*innen der EU-Institutionen zu demografischen Themen.

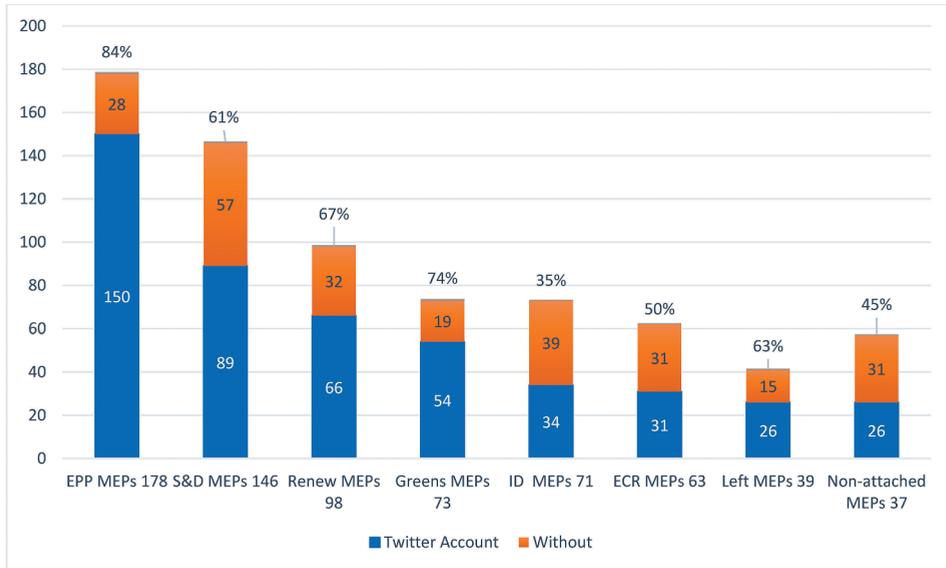
Im Anschluss an Jäger (2012) wurde das Material in Unterthemen wie „Sinkende Geburtenraten/Geburtenrückgang“, „Bevölkerungsaustausch“ oder „Great Replacement/Großer Austausch“, „Bevölkerungsalterung/Überalterung“, „Migration und Mobilität“, „Masseneinwanderung“, „Abtreibung“, „Pronatalismus“ und „Genderkonzepte“ eingeteilt. Die Unterthemen ergeben sich aus dem gesammelten Material und der Häufigkeit, mit der bestimmte Themen in den entsprechenden Diskursen aufgetaucht sind. Dies ermöglichte die Identifizierung zentraler Botschaften und Knoten, an denen unterschiedliche Diskursstränge miteinander verflochten sind. Davon ausgehend konnten wir aufzeigen, welche Aussagen zu Demografie, Reproduktion, Bevölkerung und damit einhergehend zur Geschlechterpolitik repräsentativ sind und welchen Diskursen und Diskurspositionen sie zugeschrieben werden können. Ausgehend von Jägers Klassifikation konnten drei Aspekte berücksichtigt werden: die interne Funktion innerhalb des Diskurses, der Kontext des Diskurses und seine Homogenität.

Die Bandbreite der Twitter-Aktivitäten der EU-Institutionen variierte bis zu einem gewissen Grad. Einige Vergleichsprobleme betrafen die unterschiedliche Häufigkeit der Tweets und die Art der Tweets, die von der Werbung für EU-Veranstaltungen oder Kommentaren zu aktuellen Themen, Aktionstagen oder parteibezogenen Inhalten bis hin zu persönlichen Anliegen reichten. Eine weitere Herausforderung bestand darin, dass Demografie ein Überbegriff ist, der viele Unterthemen abdeckt und in vielen Bereichen übergreifend ist. Um sicherzustellen, dass das Thema Demografie direkt in einem Tweet angesprochen wird, haben wir mit dem Wort demogra* gearbeitet und in alle in der EU gesprochenen Sprachen übersetzt. Diese Entscheidung impliziert, dass die verwendeten demografischen Codewörter in der Analyse weggelassen wurden.

3 Prävalenz demografiepolitischer Diskurse unter den EU-Akteur*innen

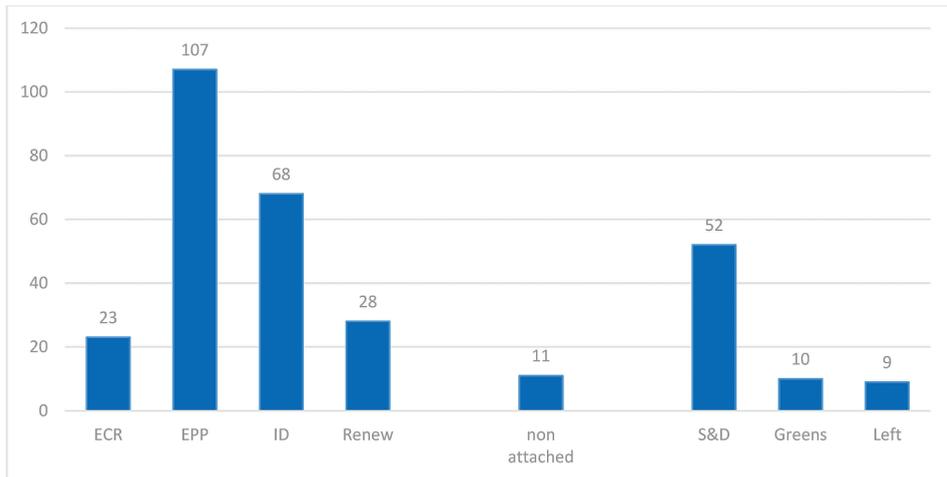
Die statistischen Ergebnisse zeigen, dass sich die EU-Institutionen in den letzten zehn Jahren verstärkt auf den demografischen Wandel konzentriert haben. Beeinflusst wurden entsprechende Prozesse vor allem durch zwei „Brennpunkte“: Zum einen führte die Zunahme von Asylanträgen 2015 im Europäischen Parlament zu Konflikten über mögliche demografische Auswirkungen auf die EU. Zum anderen hat die neue EU-Kommission von Ursula von der Leyen den demografischen Wandel zu einem Grundsatz ihrer Agenda gemacht. Die vorliegende Studie belegt, dass aktuelle Abgeordnete des Europäischen Parlaments (MEP) häufig die Social-Media-Plattform Twitter nutzen. Abbildung 1 zeigt: Rund 68 Prozent (476 von 705 Abgeordneten) haben einen aktiven Twitter-Account. Die Häufigkeit und der Stil der Nutzung von Twitter variieren zwischen den politischen Parteien.

Abbildung 1: Europaabgeordnete mit aktiven Twitter-Accounts nach politischen Parteien im Jahr 2021



Unsere Ergebnisse bestätigen frühere Erkenntnisse von Keller und Kleinen-von Königslöw (2018), wonach EU-Akteur*innen das volle Potenzial der Social-Media-Plattform Twitter noch nicht ausschöpfen, trotz zunehmender Nutzungshäufigkeit von Twitter. Dies kann auch im Hinblick auf das Aufgreifen demografischer Themen festgestellt werden. Tatsächlich sprechen EU-Akteur*innen in ihren Tweets kaum demografische Themen an. Die Analyse aller Tweets zwischen 2015 und 2021 in allen von Europaabgeordneten gesprochenen Sprachen hat ergeben: Die Wortwurzel demogra* kommt in nur 311 Tweets innerhalb von sechs Jahren vor (Abbildung 2). Die Zahlen belegen darüber hinaus, dass Parteien aus dem konservativen und ultrakonservativen politischen Spektrum viel häufiger demografische Themen ansprechen als andere Parteien.

Abbildung 2: Gesamtzahl der Tweets mit der Wortwurzel demogra* (308) von EU-Abgeordneten pro politische Partei von 2015 bis 2021



3.1 Demografiepolitische Positionen von EU-Akteur*innen

Die Ergebnisse lassen erkennen, dass nicht nur die Häufigkeit von Tweets zu demografischen Themen von Partei zu Partei variiert, sondern auch die Art und Weise, wie diese gerahmt werden. Eine Gemeinsamkeit der verschiedenen Akteur*innen ist die allgemeine Besorgnis über die schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der EU. Dabei können mittels unserer Datenanalyse drei Faktoren für diesen demografischen Wandel identifiziert werden: die Überalterung der Bevölkerung (siehe Kapitel 4.2), Migration und Mobilität (siehe Kapitel 4.3) und Geburtenrückgang (siehe Kapitel 4.4).

In Hinblick auf die Aspekte des demografischen Wandels konnten in den analysierten Daten wiederum drei unterschiedliche Positionen identifiziert werden: erstens die Position der Europäischen Kommission, die einflussreich ist, wenn es darum geht, Themen zu formulieren und Narrative zu etablieren, die in die Öffentlichkeit gelangen. Die zweite Position umfasst ultrakonservative und rechte bzw. rechtsextreme Diskurse, die traditionell demografische Diskurse beinhalten und im politischen Spektrum präsent sind: Unter den EU-Institutionen sind das Akteur*innen aus den Fraktionen EVP, ECR, ID und Renew. Die dritte Position ist die der liberalen und progressiven Diskurse, die im Gegensatz zu den beiden anderen Positionen eher auf rechtsgerichtete Diskurse reagieren und weniger eine identifizierbare Agenda zur Bewältigung des demografischen Wandels präsentieren. Diese Diskurse finden sich in Social-Media-Texten der politischen Akteur*innen aus den Fraktionen S&D, Greens/Efa, GUE/NGL und Renew. Die politische Partei Renew Europe stellt insofern eine Ausnahme dar, als dass sie gleichzeitig liberale Positionen zu reproduktiven Rechten und rechte Standpunkte zu „demografischem Selbstmord“ teilt.

4 Erörterung der Ergebnisse

4.1 Demografiepolitische Diskurse und Rechtsextremismus¹

Nicht nur Verweise auf demografische Entwicklungen und Bevölkerungspolitiken gewinnen an Bedeutung. Auch die Nützlichkeit dieses „Bedeutungsgewinn[s] demografischer Krisendiskurse“ (Schultz 2016: o.S.) wird insbesondere von rechtsextremen Akteur*innen im Europäischen Parlament anerkannt. Die Tendenz, „gesellschaftliche[] Problemlagen und Konflikte als demografisch bedingte Problemlagen und Konflikte“ zu verhandeln, bezeichnen Hummel bzw. Barlösius als „Demografisierung“ (Hummel 2006, zitiert in Schultz 2016; Barlösius 2007: 27). Da demografiepolitische Themen gesellschaftlich umstritten sind, zeigen unsere Ergebnisse, dass die EU-Institutionen das Thema überwiegend vage adressieren.

Die EU-Kommission verwendet unter von der Leyen Beschreibungen wie „Demokratie und Demografie“ und „europäische Lebensweise“, die als „offene Signifikanten“ fungieren. Wie ausgewählte Beispiele aus dem analysierten Material zeigen werden, eröffnet diese „leere Hülsenrhetorik zur Demografie“ einen Interpretationsraum, den rechte Politiker*innen für ihre nativistische, pronatalistische Kritik an aktuellen demografischen Entwicklungen nutzen, die darauf abzielt, die Geburtenraten der „autochthonen“ Bevölkerung zu stärken. Rechts-extreme Akteur*innen dominieren Demografie-Diskurse aber deshalb, weil „[k]ein anderes politisches Lager sich so früh und intensiv mit Fragen Bevölkerungsentwicklung und mit Möglichkeiten der Geburtenförderung befasst“ (Butterwegge 2002: 167) hat.

Gerade in den letzten Jahrzehnten wurden gesellschaftliche Diskurse über Demografie von der extremen Rechten geprägt. Dabei spielt vor allem der Verschwörungsmithos des sogenannten „Great Replacement“ („Großer Austausch“) eine entscheidende Rolle, der das Schreckensbild einer stetig sinkenden Geburtenrate der autochthonen Bevölkerung bei gleichzeitigem Wachstum von Zuwanderung imaginiert, die langfristig zu einem Austausch der autochthonen Bevölkerung führe. Vor dem Hintergrund dieser „Untergangs-, Degenerations- und Verfallsszenarien, die die extreme Rechte seit jeher umtreiben“ (Botsch/Kopke 2018: 64), haben rechtsextreme Akteur*innen versucht, verschiedene Feindbilder und Bedrohungen – von Islam, Feminismus, Chancengleichheit, Geschlechtertheorien und LGBTIQ+Rechten bis hin zur EU- und Linkenpolitik im Allgemeinen – im narrativen Rahmen des „Bevölkerungsaustauschs“ zu vermengen und sie als demografisch bedingt ihren Intentionen entsprechend neu zu interpretieren. Darüber hinaus stellt eine weitere, biologis-tischere Erzählung das autochthone „Volk“ als eine eigene Spezies dar, die erhalten werden müsse bzw. als einen Organismus, der sauber gehalten werden müsse, und nicht allzu viele fremde Einflüsse verkraften könne, da er durch Vermischungen (tödlich) gefährdet werde (Botsch/Kopke 2018; Butterwegge 2002). Diese Übertragung von Evolutionsmechanismen aus dem Tier- und Pflanzenreich auf die menschliche Gesellschaft wird in der Rede vom „demografischen Winter“ oder vom „demografischen Tsunami“ sichtbar und kann als Beleg für die rechtsextreme Naturalisierung des Sozialen gesehen werden. Entsprechende Vorstellungen wirken sich nicht nur auf die Idee aus, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft

1 Teile dieser Analyse beziehen sich auf die Vorarbeiten von Judith Goetz, die unter dem Titel „Der große Austausch“ – Rechtsextreme Reproduktions- und Bevölkerungspolitiken am Beispiel der „Identitären“ (2020, *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 29(2), 37–49, <https://doi.org/10.3224/femina.politica.v29i2.04>) sowie „The Great Replacement. Reproduction and Population Policies of the Far Right, Taking the Identitarians as an Example“ (2021, *DiGeSt – Journal of Diversity and Gender Studies* 8(1), S. 59–74, <https://doi.org/10.21825/digest.v8i1.16944>) veröffentlicht wurden.

zusammenleben können, sondern auch auf die angestrebten Geschlechterverhältnisse. In diesem Sinne argumentieren Botsch und Kopke (2018: 64f.): „Wenn [...] biologische Metaphern, die politische, soziologische und kulturelle Phänomene beschreiben, ein Eigenleben entwickeln, geht dies einher mit einer Naturalisierung traditioneller Geschlechterkonstruktionen und einer binären Zuschreibung männlicher und weiblicher Rollen und Eigenschaften.“

Extreme Rechten nutzen somit demografiepolitische Diskurse, um zwei Ziele zu erreichen: die Popularisierung ihrer politischen Agenda und die Normalisierung rechtsextremer Denkweisen. Darüber hinaus ist die Bevölkerungs- und Familienpolitik der extremen Rechten eng mit ihrer Kernideologie verbunden, die einerseits auf der Idee homogener Gemeinschaften beruht, die ihrerseits auf traditionellen Geschlechteridentitäten und -beziehungen basiert, und andererseits auf der Idee eines autochthonen (weißen) Europas. Drei Themen spielen in rechtsextremen Diskursen hinsichtlich des demografischen Wandels, den sie als „demografische Apokalypse“ heraufbeschwören, eine wichtige Rolle: erstens die sinkende Geburtenrate der autochthonen Bevölkerung; zweitens der „Bevölkerungsaustausch“ durch Zuwanderung, Multikulturalismus und „Islamisierung“ und drittens die Überalterung der Bevölkerung (Botsch/Kopke 2018; Butterwegge/Henges/Wiegel 2018; Ebner/Davey 2019; Schultz 2016).

4.2 Die Überalterung der Bevölkerung

Ein weiteres Ergebnis unserer Untersuchung legt dar, wie die verschiedenen Akteur*innen den demografischen Wandel in Europa rhetorisch gestalten. Die Sorge um die Überalterung und die damit verbundenen Herausforderungen für europäische Gesellschaften sind die einzige demografische Sorge, die alle Parteien ohne Ausnahme teilen. Bereits die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker äußerte Bedenken darüber, wie die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung zu einer Belastung für die schrumpfende Erwerbsbevölkerung werden könnte. Ein zentraler Parameter dieser Argumentation war der Altersabhängigkeitsquotient („old-age dependency ratio“).² Der Sorge um die Überalterung der Bevölkerung wird vor allem durch das Paradigma des „aktiven Alterns“ begegnet, bei dem Rentner*innen durch lebenslanges Lernen, Freiwilligentätigkeit oder Verschiebung des Ruhestands aktiver an der Gesellschaft teilhaben sollen.

4.3 Migration und Mobilität

Die Kommission unter Ursula von der Leyen hat die Aufmerksamkeit für den demografischen Wandel nicht nur ausgeweitet, indem sie den Posten eines neuen Kommissariats für Demokratie und Demografie geschaffen hat, sondern auch den Fokus auf andere Dimensionen des Themas verstärkt. So wurde der neue Vizepräsident für die Förderung der europäischen Lebensweise, Margaritis Schinas, mit der Aufgabe betraut, „[to] address and allay legitimate fears and concerns about the impact of irregular migration on our economy and society“³.

2 Suica, Dubravka (2021). Tweet 26.01.2023. Zugriff am 19.07.2023 unter <https://twitter.com/dubravkasuica/status/1354077227323940864>.

3 European Commission (2019). Margaritis Schinas. Zugriff am 19.07.2023 unter https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/schinas_en.

Der Europaabgeordnete der Grünen/EFA, Philippe Lamberts, zeigte sich schockiert über den vorgeschlagenen Titel „protecting our European way of life“ und kritisierte diesen in einer Pressemitteilung: „The phrase ‚protecting our European way of life‘ is nothing but dog-whistle terminology designed to encourage the far-right, especially when used in connection with migration.“⁴ Auch der Europaabgeordnete Niyazi Kızılyürek von der Linksfraktion stellte die Verwendung des Konzepts einer „europäischen Lebensweise“ infrage und warnte vor einem „rising cultural racism“.

Im Gegensatz dazu warnten Abgeordnete der Europäischen Volkspartei (EVP) wie Manfred Weber in einer Rede im Europäischen Parlament vor der Unterstützung von Schleuser*innen und Berater*innen. Zudem betonte er: „We must defend our identity – the European Way of life“⁵. Seine Kollegin Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, fügte hinzu: „Our European Way of Life is the only way to achieve a holistic approach to migration, to security, to equality, to integration and to ensure people’s concerns are met.“⁶

Wie die sich ausbreitende Angst vor einer „Migrationskrise“ (Wodak 2015) mit demografischen Bedenken zusammenhängt, lässt sich an den Aktivitäten der ECR-Fraktion ablesen. Renew Europe organisierte einen Vortrag über das, was der spanische Autor Alejandro Macarrón Larumbre als „demographic suicide in Europe“ bezeichnete.⁷ Er ist der Gründer des Thinktanks Demographic Renaissance, der mit der ultrakonservativen Organisation Hazteoir zusammenarbeitet, die für die Initiierung der rechtsgerichteten Plattform CitizenGo bekannt ist. Die ECR-Gruppe hielt einen Vortrag zum Thema „Europe – a dying continent“, zu dem der Demograf Gunnar Heinsohn eingeladen war.⁸ Tweets mit Antimigrationsdiskursen stachen dadurch hervor, dass sie bei Weitem das meiste Engagement erhielten – sowohl in Form von Likes als auch in Hinblick auf das Teilen.

4.4 Geburtenrückgang

Die EU-Kommission thematisiert zwar den Rückgang der Geburtenraten und vergleicht die jüngsten Trends mit den 1960er-Jahren. Weder in den offiziellen EU-Tweets noch in den Dokumenten wird jedoch eine schlüssige Erklärung geliefert. Vielmehr findet der Rückgang der Geburtenraten nur indirekt durch die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter Erwähnung. So zielten beispielsweise manche der Maßnahmen auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Förderung neuer Modelle des Elternurlaubs ab.⁹ Auch die meisten liberalen und progressiven Parteien sprechen die niedrigen Geburtenraten eher indirekt an. Eine Ausnahme stellen die spanischen

4 Lamberts, Philippe (2019). Von der Leyen must change title of Commissioner for „Protecting our European way of life“. Zugriff am 19.07.2023 unter <https://www.greens-efa.eu/en/article/press/von-der-leyen-must-change-title-of-commissioner-for-protecting-our-european-way-of-life>.

5 EPP Group (2017). Tweet 13.09.2017. Zugriff am 19.07.2023 unter <https://twitter.com/EPPGroup/status/907882144306888704>.

6 EPP Group (2019). Tweet 3.10.2019. Zugriff am 19.07.2023 unter <https://twitter.com/EPPGroup/status/1179803614556151808>.

7 Renew Group (2019). Tweet 19.03.2019. Zugriff am 19.07.2023 unter <https://twitter.com/RenewEurope/status/1108027908122132486>.

8 ECR Group (2015). Tweet 24.02.2015. Zugriff am 19.07.2023 unter <https://twitter.com/ecrgroup/status/570149966368403457>.

9 European Commission (2018). Tweet 26.10.2018. Zugriff am 19.07.2023 unter https://twitter.com/EU_Commission/status/1055767933568335873.

Europaabgeordneten der S&D-Fraktion, die sich vor allem mit den demografischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Landflucht in Spanien befassen.¹⁰

Gerade der Kampf für reproduktive Rechte wurde in den letzten Jahren von rechtsgerichteten Politiker*innen im Europäischen Parlament stark angefochten. Konservative Abgeordnete wie Elżbieta Rafalska von der EKR sehen in der Mutterschaft einen demografischen Beitrag für die Gesellschaft und kommen zum Schluss, dass die Mütterrente eine „Anerkennung für diejenigen ist, die am meisten zur demografischen Entwicklung Polens beigetragen haben“¹¹. Der Abgeordnete Joachim Kuhs von der Fraktion Identität & Demokratie und der Alternative für Deutschland (AfD) geht noch weiter. Er behauptet, das Abtreibungsrecht sei ein „selbstgerechtes Selbstbestimmungsrecht“¹², das sich negativ auf die Geburtenrate der „autochthonen“ Europäer*innen auswirke und fordert eine „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“¹³. Mit diesem Verweis auf die Willkommenskultur spielt Kuhs auf migrationsfeindliche Diskurse im Jahr 2015 an, in denen Angela Merkel vorgeworfen wurde, eine sogenannte „Willkommenskultur“ für Geflüchtete zu schaffen.

Maximilian Krah, der ebenfalls der Fraktion Identität und Demokratie und der deutschen AfD angehört, tweetete: „Demographie ist unser Schicksal. Wenn es nicht gelingt, die Kinderzahl der Autochthonen spürbar zu erhöhen, droht dank der Einwanderungsgeilheit der etablierten Parteien das, worüber nicht gesprochen werden darf: #Umvolkung.“¹⁴ (2. September 2021) Das Bild zum Tweet von Krah bezieht sich auf die ungarische Geburtenpolitik mit der Überschrift: „So geht Familienpolitik! Ohne Migration. Ungarn steigert Geburtenrate zwischen 2011 und 2020 von 1,23 auf 1,56 Kinder pro Frau“. (Ebd.) Insbesondere der erste Satz erinnert an die Aussage „Demographie ist Schicksal“, die dem französischen Philosophen Auguste Comte zugeschrieben wird. Popularisiert wurde sie jedoch vom französischen Autor Jean Raspail in dessen Buch „Das Lager der Heiligen“ (1973). In diesem prognostiziert er den Untergang der „westlichen Zivilisation“. Es stellt für die sogenannte neurechte Bewegung im deutschsprachigen Raum eine wichtige Referenz dar. In den letzten Jahren nahmen u. a. der US-amerikanische Anti-Immigrations-Aktivist John Tanton (Potok 2021) sowie der ungarische Ministerpräsidenten Orban darauf Bezug. Letzterer plagiierte sogar aus dem Buch von Raspail über die „Rassenreinheit“, ohne die Quelle zu nennen (Bayer 2022).

5 Abschließende Überlegungen

Die oben skizzierten Fragen verdeutlichen nicht nur die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Diskursen über die demografische Entwicklung, sondern auch mit den daraus abgeleiteten Politiken. Wir regen an, demografische Politiken

10 Estrella Durá (2020). Tweet 13.07.2020. Zugriff am 19.07.2023 unter https://twitter.com/estrella_dura/status/1282616031874293761.

11 Translated from the original in Polish: „Emerytura matczyne to wyraz solidarności społecznej i uznania dla tych, którzy najwięcej włożyli w rozwój demograficzny Polski.“ (Rafalska, Elżbieta (2018). Zugriff am 19.07.2023 unter https://twitter.com/E_Rafalska/status/1055032656142983168).

12 AfD im EU-Parlament (2020). Joachim Kuhs | Polen schützt das Recht auf Leben! Zugriff am 19.07.2023 unter <https://www.youtube.com/watch?v=Gw8CW2XvI4o>.

13 Kuhs, Joachim, MdEP (2021, January 22). Tweet 22.01.2021. Zugriff am 19.07.2023 unter https://twitter.com/Joachim_Kuhs/status/135249696260830720.

14 Krah, Maximilian, MdEP (2021). Tweet 02.09.2021. Zugriff am 19.07.2023 unter <https://twitter.com/KrahMax/status/1433313604128944130>.

mit sozialen und feministischen Anliegen zu verbinden. Eine solche kritische Auseinandersetzung mit dem Thema kann nicht ohne eine geschlechtsspezifische analytische Linse erfolgen, da Geschlechterkonzepte tief in die Bevölkerungspolitik eingeschrieben sind. Wir wollten daher wichtige Akteur*innen der aktuellen Demografiepolitik aus feministischer Perspektive beleuchten, um mehr über die politischen Entscheidungen der EU, zentrale Diskurse, Argumente und Akteur*innen in diesem Kontext zu erfahren. Indem wir die bisherigen Politiken und Debatten aus feministischer Sicht beleuchten und kritisieren, wollen wir auch die feministische Demografieforschung stärken.

Die hier vorgelegte Studie hat gezeigt, dass die politische Debatte über demografische Entwicklungen auf EU-Ebene weiter an Fahrt gewinnt. Das belegen nicht nur die zahlreichen Dokumente der EU-Institutionen, sondern auch die kürzlich gegründete EU-Kommission für Demokratie und Demografie unter der Leitung von Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Šuica. Die politischen Debatten in der EU dominieren jedoch vor allem Konservative und Rechtsextreme, die das Thema im Sinne ihrer Interessen präsentieren. Im Hinblick auf Demografie spielen dabei drei Themen eine wichtige Rolle: sinkende Geburtenraten, Bevölkerungsalterung sowie Migration und Mobilität. Unsere Untersuchung belegt, dass dieselben statistischen Daten (z. B. Eurostat), die sich mit diesen Themen befassen, von verschiedenen Akteur*innen unterschiedlich interpretiert (und/oder instrumentalisiert) werden, um politisches Handeln für ihre jeweiligen politischen Ziele zu legitimieren. Dies ist für diese Akteur*innen umso einfacher, da der demografische Diskurs unserer Analyse zufolge als von der EU-Kommission gerahmter offener Signifikator klassifiziert werden kann. Dieser lässt einen Interpretationsspielraum, der von rechtsextremen Parteien gefüllt werden kann, etwa im Hinblick auf sinkende Geburtenraten. Darüber hinaus erzeugt der demografische Diskurs im Bereich Migration ein Interpretationsmuster, auf dem rechtsgerichtete Anti-Migrations-Diskurse aufbauen können. Schließlich können die von EU-Beamten*innen verwendeten Metaphern wie „demografischer Winter/Frühling“ als Hinweis auf eine verborgene politische Agenda verstanden werden.

Insgesamt sind die Ergebnisse weniger überraschend, denn die Fokussierung auf demografisch-politische Themen bringt für rechtsextreme, konservative und illiberale Akteur*innen zahlreiche Vorteile. Indem sie die demografische Entwicklung als ihren Schwerpunkt nutzen, können sie nicht nur sozial-, familien-, frauen- und reproduktionspolitische Themen ansprechen, sondern diese auch mit Migrations- und Zuwanderungsfragen sowie mit Geschlechterbeziehungen verknüpfen. Die Erzählung des demografischen Wandels hat der extremen Rechten Möglichkeiten eröffnet, rassistische Diskurse zu modernisieren und ihre Themen in den Mainstream-Medien zu verankern und so die sogenannte Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Dieses Normalisierungspotenzial des demografischen Diskurses resultiert vor allem aus der Tatsache, dass die Diskussion über den sozialen und demografischen Wandel sehr verbreitet ist und in vielen Bereichen der Gesellschaft diskutiert wird. Die extreme Rechte konnte folglich auf diese Diskurse aufbauen und ihre (meist rassistischen) Standpunkte einbringen und weiterverbreiten. In einem Essay über die Reproduktionspolitik von White Supremacists hält Barbara Perry „das Ausmaß, in dem sie den Mainstream widerspiegelt“, für „beachtlich“ (2004: 89). Die Auseinandersetzung mit dem demografischen Diskurs der extremen Rechten erscheint daher besonders wichtig, weil es sich dabei um eine jener „politisch-ideologischen Überschneidungen zwischen Mitte und Rechtsextremismus [...] handelt, die in den kommenden Jahren wahrscheinlich an Bedeutung gewinnen werden“, wie Christoph Butterwege vor über 20 Jahren betonte (2002: 167).

6 Politische Empfehlungen

Zu den politischen Empfehlungen, die sich aus unserer Studie ableiten lassen, gehört zunächst einmal, die Bedeutung demografischer Fragen ernst zu nehmen, um rechte Positionen in den Debatten entschlüsseln zu können. Darüber hinaus ist die Notwendigkeit zu erkennen, dass Parteien sowie politische Entscheidungsträger*innen und andere relevante Akteur*innen in diesem Bereich eine Position mit progressiven Standpunkten einnehmen müssen. Zugleich ist es essenziell, die gefährlichen geschlechtsspezifischen und rassistischen Folgen rechter und konservativer Demografiepolitik offenzulegen.

Die aktuelle Demografie-Debatte auf EU-Ebene hat keinen Bezug zur Agenda des sozialen Europas. Das macht die Demografie zu einem leichten Ziel für die Instrumentalisierung durch illiberale und rechte Kräfte. Umso wichtiger ist es, demografiepolitische Agenden mit sozialen und feministischen Anliegen zu verbinden. Dies erfordert eine Stärkung der feministischen Bevölkerungsforschung und -politik sowie eine Verbesserung der Beziehungen zwischen politischen Entscheidungsträger*innen einerseits und Universitäten und Wissensproduzent*innen andererseits, um gemeinsam an der Erstellung und Interpretation von Daten auf nationaler Ebene wie auch auf EU-Ebene zu arbeiten. Nur eine feministische Analyse der Daten sowie der Problemfelder und damit verbundener Herausforderungen kann zu einer gerechten feministischen Antwort und Lösung auf soziale Ungleichgewichte führen.

Um die Ausbreitung rechter Positionen in demografiepolitischen Fragen einzudämmen, ist es daher entscheidend, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen. Für fortschrittliche Akteur*innen besteht nicht nur das dringende Gebot, sich mit zukunftsweisenden Positionen in die entsprechenden Debatten einzubringen, sondern auch das Potenzial, die Daten ebenfalls in ihrem Sinne zu nutzen. Progressive Akteur*innen müssen sich an demografiepolitischen Diskursen beteiligen – und dürfen nicht konservativen und rechtsextremen Akteur*innen die Debatten für Instrumentalisierungen überlassen. Um dem gerecht zu werden, bedarf es auch einer feministischen Perspektive: vor allem, um die den demografiepolitischen Diskursen eingeschriebenen Geschlechterpolitiken aufzudecken und gleichstellungsorientierte Antworten auf die beschriebenen Herausforderungen zu geben.

Crenshaw (1989, 1991) hat das Konzept der Intersektionalität entwickelt, um auf Lücken in den offiziellen statistischen Daten zur Gefängnispopulation hinzuweisen. Die feministische Wissenschaft sollte Intersektionalität auf diese Weise nutzen, um zu verdeutlichen, warum bestimmte Elemente der Demografie, z. B. die Geburt, vorrangig behandelt werden, während anderen demografischen Aspekten, z. B. der Sterblichkeit, wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Als Antwort auf die illiberale Wende in der Demografie kann sich die feministische Demografie nicht darauf beschränken, den faktischen, deskriptiven Charakter der Demografie zu kritisieren, sondern muss eine konstruktive und integrative Politik anbieten, die auf gegenwärtigen soziodemografischen Prozessen basiert.

Literatur

- Barlösius, Eva (2007). Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. In Eva Barlösius & Daniela Schiek (Hrsg.), *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demografischen Zukunft Deutschlands*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–34. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90417-7_1.
- Bayer, Lili (2022). ‘Nazi’ talk: Orbán adviser trashes ‘mixed race’ speech in dramatic exit. *POLITICO*.
- Botsch, Gideon & Kopke, Christoph (2018). Der Volkstod. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. In Juliane Lang & Ulrich Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung – Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*. Hamburg: Marta Press, S. 63–90.
- Butterwegge, Christoph (2002). Stirbt „das deutsche Volk“ aus? Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt. In Christoph Butterwegge; Janine Cremer; Alexander Häusler; Gudrun Hentges; Thomas Pfeiffer; Carolin Reißlandt & Samuel Salzborn (Hrsg.), *Themen der Rechten — Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167–214. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11633-2_8.
- Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun & Wiegel, Gerd (2018). *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*. Frankfurt: Westend Verlag.
- Chamie, Joseph (2021). COVID-19 pandemic. demographic highlights. N-IUSSP. Zugriffen am 05.11.2021 unter <https://www.niussp.org/health-and-mortality/covid-19-pandemic-demographic-highlights/>.
- Crenshaw, Kimberlé (1989). Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine. *The University of Chicago Legal Forum*, 139. S. 139–167.
- Crenshaw, Kimberlé (1991). Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color. *Stanford Law Review*, 43(6), S. 1241–1299.
- Drachenberg, Ralf & Phillips, Emily (2021). *The Twitter activity of members of the European Council. A content analysis of EU leaders’ use of Twitter in 2019–20*. Brussels: European Council Oversight Unit.
- Ebner, Julia, Davey, Jacob (2019). „The Great Replacement“. *The Violent Consequences of Mainstreamed Extremism*. London: Institute for Strategic Dialogue.
- Engesser, Sven, Ernst, Nicole, Esser, Frank, Büchel, Florian (2017). Populism and social media. how politicians spread a fragmented ideology. *Information, Communication & Society*, 20, 1109–1126. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1207697>
- Enli, Gunn Sara, Skogerbø, Eli (2013). Personalized Campaigns in Party-Centred Politics. *Information, Communication & Society*, 16, 757–774. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2013.782330>
- Europäische Kommission (2017). *Communication. An initiative to support work-life balance for working parents and carers, COM (2017) 252 final*. European Commission, Brussels.
- Europäische Kommission (2013). *Barcelona objectives: the development of childcare facilities for young children in Europe with a view to sustainable and inclusive growth*. Publications Office of the European Union, LU.
- Europäische Kommission (2011). *Demography Report 2010: Older, more numerous and diverse Europeans*.
- Europäische Kommission (2010). *Lisbon Strategy evaluation document*. European Commission, Brussels.
- Europäische Kommission (2008). *Demography Report 2008: Meeting social needs in an ageing society*.
- Europäische Kommission (2007). *Europe’s Demographic Future: Facts and figures*.
- Europäische Kommission (2006). *Communication. The demographic future of Europe – from challenge to opportunity*.
- Europäische Kommission (2005). *Communication from the Commission Green Paper ‘Faced with demographic change, a new solidarity between the generations*.

- Europäisches Parlament (2021). Advanced search | Search | MEPs | European Parliament [WWW Document]. Advanced search. Zugriffen am 24. 10. 2021 unter <https://www.europarl.europa.eu/meps/en/search/advanced>.
- Europäische Union (2019). Demographic Outlook for the European Union. European Parliamentary Research Service.
- Europäische Union (2017). Demographic Outlook for the European Union. European Parliamentary Research Service, and European University Institute.
- Frame, Alex; Mercier, Arnaud; Brachotte, Gilles & Thimm, Caja (2016). General Introduction. In Alex Frame; Arnaud Mercier; Gilles Brachotte & Caja Thimm (Hrsg.), *Tweets from the Campaign Trail Researching Candidates' Use of Twitter During the European Parliamentary Elections*. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, S. 7–16.
- Hummel, Diana (2006). Demographisierung gesellschaftlicher Probleme?. in Peter A. Berger, Heike Kahlert (Hrsg.), *Der demografische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt am Main/NewYork: Campus Verlag, S. 27–52.
- Jäger, Siegfried (2012). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, entspricht der 6., vollständig überarbeiteten edition*. Münster: Unrast Verlag.
- Keller, Tobias R. & Kleinen-von Königslöw, Katharina (2018). Followers, Spread the Message! Predicting the Success of Swiss Politicians on Facebook and Twitter. *Social Media + Society*, 4. <https://doi.org/10.1177/2056305118765733>
- Mercier, Arnaud (2015). Twitter as a Counterpublic Sphere. Polemics in the Twittersphere During French Electoral Campaigns, in *Citizen Participation and Political Communication in a Digital World*. London: Routledge.
- Metz, Manon; Kruikemeier, Sanne & Lecheler, Sophie (2020). Personalization of politics on Facebook. examining the content and effects of professional, emotional and private self-personalization. *Information, Communication & Society*, 23, S. 1481–1498. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2019.1581244>.
- Nuernbergk, Christian & Conrad, Julia (2016). Conversations and Campaign Dynamics in a Hybrid Media Environment. Use of Twitter by Members of the German Bundestag. *Social Media + Society*, 2(1). <https://doi.org/10.1177/2056305116628888>.
- Ott, Brian L. (2017). The age of Twitter. Donald J. Trump and the politics of debasement. *Critical Studies in Media Communication*, 34, S. 59–68. <https://doi.org/10.1080/15295036.2016.1266686>.
- Perry, Barbara (2004). „White Genocide“. White Supremacists and the Politics of Reproduction. In Abby L. Ferber (Hrsg.), *Home-Grown Hate: Gender and Organized Racism, Perspectives on Gender*. New York: Routledge, S. 71–91.
- Potok, Mark (2021). John Tanton. Centre for Analysis of the Radical Right. Zugriffen am 13. 08. 2022 unter <https://www.radicalrightanalysis.com/2021/08/03/john-tanton-2/>.
- Reisigl, Martin (2007). Research Report. Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse [The Vienna School in Critical Discourse Analysis]. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 8. <https://doi.org/10.17169/fqs-8.2.270>.
- Reisigl, Martin, Wodak, Ruth (2000). *The Semiotics of Racism. Approaches in Critical Discourse Analysis*. Wien: Passagen.
- Schultz, Susanne (2016). Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus. *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 2(1).
- Skolnick, Arlene S. (1978). *The Intimate Environment. Exploring Marriage and Family*. Boston: Little, Brown and Company.
- Wodak, Ruth (2015). *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*. Washington: SAGE.
- Wodak, Ruth, Ludwig, Christoph (1999). *Challenges in a Changing World. Issues in Critical Discourse Analysis*. Wien: Passagen.

